

STANDPUNKT

Hintergrundinformationen und Kommentare zum Zeitgeschehen

Herausgegeben von Hans Pretterebner



Foto: APA/Robert Jäger

Bundespräsidentenwahl:
Hat Österreich diesen Mann verdient?

STANDPUNKT * Redaktion und Vertrieb:
1010 Wien, Seilergasse 14, Tel. (01) 5138550, Fax (01) 5138685
E-Mail: standpunkt@pretterebner.at

Wie viel Charakter braucht ein Bundespräsident?

Objektivität und Ehrlichkeit, Anständigkeit, Sinn für Gerechtigkeit, Glaubwürdigkeit, patriotische Gesinnung und persönliche Integrität – das sollten die wichtigsten Anforderungen für das Amt des Bundespräsidenten sein.

Es stellt sich daher die Frage: Hat Österreich Heinz Fischer an der Staatsspitze verdient?

VON HANS PRETTEREBNER

Dieser „Wahlkampf“ um die Bundespräsidentschaft, der nun Gott sei Dank zu Ende ist, war in gewisser Hinsicht von gespenstischer Unwirklichkeit. Er war nicht nur weit gehend inhaltsleer, sondern wurde insbesondere von der ÖVP von Anfang an auch völlig unpolitisch und beinahe ausschließlich im Stil einer modernen Waschmittelreklame angelegt.

Damit gelang es zwar in sehr beeindruckender Weise, Benita Ferrero-Waldner dem Wählerpublikum als die nachweislich frischere, modernere, sympathischere und natürlich auch die besser angezogene Kandidatin darzustellen. Dennoch herrschte bei sehr vielen Wählern bis zum Schluss Ratlosigkeit hinsichtlich der politischen Bedeutung dieser Wahlentscheidung vor.

Während die SPÖ – wenn auch vor allem im Untergrund und sehr subtil – in Wahrheit aber dennoch einen beinharten, ideologisch motivierten Lagerwahlkampf führte, scheute die ÖVP gerade davor wie der Teufel vor dem Weihwasser zurück.

Selbst von dem äußerst lesenswerten Buch Ernst Hofbauers („Heinz Fischer – Der Mann im Schatten“, Ibero Verlag, Wien 2004) glaubte man, sich distanzieren zu müssen.

Das hat unter anderem zur Folge, dass vor allem bei den etwas jüngeren Wählern bis zum heutigen Tag kaum jemand weiß, wer dieser „Maskenmann“ Heinz Fischer wirklich ist. Doch die Österreicher haben ein Recht darauf, über ihn die ungeschminkte Wahrheit zu erfahren.

Heinz Fischer selbst verweist sehr gern auf seine eigene langjährige politische Erfahrung. Die hat er zweifellos, wenn auch nur insoweit, als es die Innenpolitik und das parteipolitische Intrigenspiel betrifft. Da kann ihm in der Tat niemand das Wasser reichen. Immerhin dient er der SPÖ nun schon jahrzehntelang als politischer Vordenker, als Chefstrategie und – seit Bruno Kreiskys Rückzug aus der Politik vor zwanzig Jahren – auch als der wahre heimliche Parteiobmann.

Seine Karriere in der Partei, mit der Partei und für die Partei hat Heinz Fischer, dessen Vater schon SPÖ-Staatssekretär im Handelsministerium und dessen Onkel Otto Sagmeister Minister für Volksernährung war, bereits in jüngsten Jahren angefangen. Ohne Partei war er nie etwas. Schon als Gymnasiast wurde er von der Partei für den Verband sozialistischer Mittelschüler rekrutiert, 1959 errang er als Vertreter des äußerst linken Flügels im Wiener Verband der sozialistischen Studenten die Obmannschaft, 1963 wurde er Klubsekretär im SP-Parlamentsklub, und schon 1964 saß er im SPÖ-Bundesparteivorstand. Als die SPÖ 1971 erstmals die absolute Mehrheit errang, wurde er Abgeordneter zum Nationalrat, im Jahr darauf Präsident der sozialistischen „Naturfreunde“-Organisation, 1975 Mitglied des Parteipräsidiums und Klubobmann. Seit 1979 ist Heinz Fischer stellvertretender Vorsitzender der SPÖ und seit 1992 auch stellvertretender Vorsitzender der SPE (der Sozialdemokratischen Parteien Europas).

Heinz Fischers politische Sozialisierung

Heinz Fischers politische Ziehväter, Förderer und ideologische Vorbilder waren jene beiden großen Männer der Partei, die nach dem Krieg am konsequentesten versucht hatten, den Austromarxismus wiederzubeleben und ihm in der österreichischen Wirklichkeit zum Durchbruch zu verhelfen: Karl Waldbrunner und Christian Broda.

Karl Waldbrunner hatte viele Jahre als leitender Ingenieur in der Sowjetunion verbracht und war dort in der Stalin-Ära zum Verstaatlichungsexperten ausgebildet worden, ehe er im Jahr 1946 nach Österreich zurückkehrte, um Zentralsekretär der SPÖ und SPÖ-Unterstaatssekretär im Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr zu werden. Anschließend fungierte er weitere dreizehn Jahre lang als Österreichs „Verstaatlichungsminister“ und wurde schließlich Nationalratspräsident.

Fischers zweiter Mentor, Christian Broda, gehörte schon seit 1931 dem Kommunistischen Jugendverband an und bekannte sich bis 1945 auch öffentlich zum Kommunismus. Erst nach dem Krieg kam Broda zur Überzeugung, dass er der kommunistischen Idee viel wirkungsvoller dienen könne, wenn er in der SPÖ politische Karriere machte. Am 11. August 1945 schrieb Broda in einem höchst aufschlussreichen Brief an das Zentralkomitee der KPÖ unter anderem wörtlich: „Mit dem Sieg des Nationalsozialismus über Österreich im Jahre 1938 habe ich uneingeschränkt die führende Rolle der KPÖ im antifaschistischen Freiheitskampf anerkannt. In der Folgezeit habe ich es als meine Aufgabe betrachtet, die kommunistischen Organisationen, wo ich es nur konnte, zu unterstützen.“ Und dann schließt Broda seinen Brief mit der Versicherung, „dass ich mich, wie seit meiner frühesten Jugend als Kommunist, auch in Zukunft in meiner Berufs- und allfälligen öffentlichen Tätigkeit nur als Beauftragter der führenden demokratischen und antifaschistischen Kraft in Österreich, der Kommunistischen Partei Österreichs, betrachte und ihr gegenüber verantwortlich fühlen werde.“

In der Folge wurde Christian Broda Mitglied des Parteivorstands der SPÖ und war schließlich von 1960 bis 1966 und danach noch einmal während der gesamten Zeit der SPÖ-Alleinregierung von 1970 bis 1983 Justizminister dieser Republik. Der Politik zufolge, die Broda in dieser Funktion vertrat, hat sich an seinem Treueschwur gegenüber der KP auch später nie etwas geändert.

SPÖ-Chefstrategie und Austromarxist

Darf man Heinz Fischer einen „Linkslinken“ nennen, wie es die Ministerin Elisabeth Gehrler in einem wahren Anfall von politischer Tollkühnheit kürzlich wagte? Natürlich nicht. Da ist Hans Rauscher, das selbst ernannte linke „journalistische Gewissen der Nation“, vor: Ob denn, so klagte er gleich an, die Ministerin zur Untermauerung ihrer verunglimpfenden Behauptung auch nur ein Zitat von Fischer liefern könne, wo er „die ordentliche Beschäftigungspolitik des stalinistischen Gulag“ lobt? Oder „die ehrenwerten Mitglieder des KGB, die sich selbst treu geblieben sind“?

Na eben. Also dürfe man Fischer auch nicht einen Linken nennen. Man könne gegen ihn höchstens sagen, dass er „ein Sozialdemokrat alten Schlages sei, der an die Umverteilungsrolle des

Staates glaube und an die internationale Solidarität, an die Neutralität und an Konsens und Ausgleich und an abgewogene Formulierungen“.

Also schauen wir uns den angeblichen Spezialisten für „Konsens und Ausgleich“ ein wenig genauer an: Anfang der Siebzigerjahre begann Heinz Fischer erstmals, sich als Vordenker der SPÖ zu profilieren, indem er – ganz nach Christian Brodas Vorbild, aber auch in Anlehnung an die politische Philosophie des italienischen Kommunistenführers Antonio Gramsci – seine berühmt gewordene Idee von der „sozialistischen Doppelstrategie“ entwickelte. In seinen „Roten Markierungen“ wird diese vereinfacht so erklärt:

Da die SPÖ in der Regierung leider die politischen Verhältnisse nicht radikal infrage stellen könne, weil sie sonst abgewählt werden würde, müsse man sich einer „Art Doppelstrategie“ bedienen, um die schrittweise Verwirklichung des Sozialismus zu erreichen. Sozialistische Ideen voranzutreiben sei demnach die Aufgabe von „progressiven Minderheiten und Randgruppen“ (zu denen selbstredend auch linksextreme Zellen zählen), die nicht unter dem Zwang zur Realisierung stünden. Was diese Gruppen andererseits aber umso weniger könnten, je radikaler sie agieren, das könnten die Parteiführung und die Regierung: „Durchbrüche zu einem veränderten Bewusstsein absichern und erweitern, das bereits Durchsetzbare durchsetzen, den Modellen eine faire Chance zur Entwicklung geben und anderes mehr ...“

In seinem 1977 erschienenen Buch „Positionen und Perspektiven“ stellte Fischer seine „sozialistische Doppelstrategie“ in verfeinerter Form dar: „Eine Politik, die zwei so unterschiedlichen Aufgaben gerecht werden soll, nämlich der Verwaltung des Staates einerseits und der Veränderung der Gesellschaft andererseits ... eine Politik, die sich gewissenhaft an einen erteilten Wählerauftrag halten, aber gleichzeitig die Voraussetzung für einen erweiterten Auftrag schaffen will, kann nur in einer Arbeitsteilung bestehen zwischen jenen, die ohne Rücksicht auf Opportunität ... neues Problembewusstsein schaffen, und jenen, die das Ergebnis der auf diese Weise entstandenen Diskussion zusammenfassen und den gesellschaftlichen Überbau den neuen Notwendigkeiten und Möglichkeiten anpassen.“

Im selben Buch geißelte Heinz Fischer auch massiv „das rabiate Festhalten an der sozialen Marktwirtschaft“. Es gehe nach wie vor darum, den „kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen

gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung“ zur Auflösung zu bringen.

Im Jahr 1978 ging es darum, einen „Problemkatalog für ein neues SPÖ-Parteiprogramm“ zu erstellen. Zum Koordinator des Projekts ernannte Bruno Kreisky zunächst den prominenten SP-Wirtschaftswissenschaftler Egon Matzner. Doch Heinz Fischer zog das Projekt sofort an sich. Im Renner-Institut wurde der unter Fischers Federführung entstandene „Problemkatalog“ veröffentlicht. Schon in der Einleitung wird Fischers Credo manifest: „Die Verwirklichung einer klassenlosen Gesellschaft ist weiterhin das dominierende Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsreform.“ Danach werden reihenweise Forderungen aufgestellt, die nach der Vorstellung der Autoren die Grundlage für ein neues „modernes SPÖ-Parteiprogramm“ bilden sollten. Unter anderem wird verlangt:

„Abbau individueller Entscheidungsmöglichkeiten und der privaten, individualisierten Bedürfnisbefriedigung“ – „Stattdessen Zur-Verfügung-Stellung möglichst vieler staatlicher und kommunaler Reproduktionsleistungen“;

„Ein weiteres Vordringen der verstaatlichten Unternehmungen“ – „Ablösung des Gewinn- und Effizienzkalküls bei wirtschaftlichen Entscheidungen“ – „Erringung gesellschaftlicher Verfügung über die Produktionsmittel“ – „Gesellschaftliche Kontrolle zur Verwendung der Gewinne“;

„Abbau der individualistischen Aufstiegsideologie“ – „Entkopplung von Bildung und dem Recht auf eine privilegierte soziale Position“ – „Umkehrung der Entlohnungspyramide“ – „Entlohnung nach dem Arbeitsleid“ und „eine progressive Steuerpolitik“;

„Abbau des anerzogenen Leistungsdenkens und der Disposition zur Pflichterfüllung durch Abschaffung der Leistungsüberprüfung in der Schule“ – „Einrichtung von Gesamtschulen“ – „Abschaffung des Repetierens“ – „Abschaffung der Schularbeiten“ – „Abschaffung der Reifeprüfung“.

In einem eigenen Kapitel über „Staat und Demokratie“ wird zunächst festgestellt: „Zur Durchsetzung“ des Sozialismus „reichen Wahlen allein nicht aus“. Um eine „solidarische Gesellschaft ohne Klassenschranken“ zu etablieren, bedürfe es unter anderem der „Einübung von Widerspruch“, der „Störung inhumaner Ordnungen“ sowie der „Gehorsamsverweigerung als Form politischer Aktion“.

Zu den Unterschieden zwischen Fischers österreichischem „sozialistischem Modell“ und den Zielen des Eurokommunismus befragt, hatte der SPÖ-Klubobmann bereits im Dezember 1975 der italienischen Zeitung „Il Giorno“ wörtlich anvertraut: „Auch wir wollen ja letzten Endes eine wahrhaft sozialistische Gesellschaft. Wir möchten nur, dass sich der Übergang zum Sozialismus traumalos vollzieht.“

Bruno Kreisky machte Fischers Träumen freilich bald ein Ende. Er öffnete – zumindest teilweise – im Gegensatz zu Fischers Plänen die Partei.

Mit dem weltweiten Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums und damit auch des „real existierenden Sozialismus“ im Jahr 1989 schienen auch die Träume von „der wahrhaft sozialistischen Gesellschaft“ für die meisten linken Zeitgenossen endgültig begraben zu sein.

Nur Heinz Fischer gab noch am 26. April 1995 gegenüber der Grazer „Kleinen Zeitung“ zu: „Ich habe meine Hoffnung auf die Rückkehr der Ideologie nie aufgegeben.“

Lediglich dem sozialistischen Verstaatlichungsdogma hat Heinz Fischer, wenn man seinem Aufsatz aus dem Jahr 1997 im SPÖ-Organ „Zukunft“ trauen kann, inzwischen wenigstens teilweise abgeschworen: „Dieser Gedanke hat sich als falsch erwiesen. Eine Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln, in der der Großteil der wirtschaftlichen Entscheidungen beim Staat konzentriert ist, schafft mehr Probleme, als sie löst.“

Ein bisschen lang hat er gebraucht, der „nicht Linkslinke“ und SPÖ-Vordenker Fischer, um das endlich einzusehen.

Fischers Sympathie für Diktatoren

„Mich in die Nähe des Kommunismus zu rücken, das ist Wahlpropaganda“, weist Heinz Fischer jegliche Kritik an seiner verquerten politischen Gedankenwelt zurück.

In Fischers Biografie sind sämtliche Mitgliedschaften und Funktionen, die er jemals inne hatte, penibel aufgeführt. Selbst das genaue Datum, von wann bis wann er bei den Sozialistischen Mittelschülern Mitglied war, ist angeführt. Nur eine Lücke gibt es. Eine wichtige Funktion, von der man weiß, dass Fischer sie ausübte, fehlt. Es geht um die „Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik“. Nordkorea also, eine der gefährlichsten und übelsten kommuni-

stischen Diktaturen, die es heute noch auf dieser Welt gibt. Man hat Verständnis, dass die Mitgliedschaft bei einer so odiosen Organisation einem Präsidentschaftskandidaten, der ein solches Übermaß an politischem Gewissen hat, dass er es sogar plakatieren muss, ein wenig peinlich ist.

Man will die Hintergründe wissen, doch man erfährt sie nicht. Heinz Fischer selbst hat natürlich alle Hände voll zu tun, um sich „als Hüter der Demokratie in Österreich“ zu stilisieren. Das Wahlkampfbüro des Kandidaten weiß von gar nichts. Die nordkoreanische Botschaft weiß natürlich alles, sagt aber nichts, außer das die kommunistische Weltrevolution – ob mit oder ohne Atombomben – nicht aufzuhalten sei.

Fischers Alter ego Bruno Aigner gibt schließlich bekannt, ja, dass Heinz Fischer da mit Nordkorea irgendwann ein bißchen „mitgeritten“, also dass er eben, „allerdings vor langer, langer Zeit“, ein bißchen dabei gewesen sei. Aber „nur ganz kurz“. Und er erzählt eine verwirrende Geschichte: das habe alles irgendwie mit einer Reise nach Peking und mit einer Oper, die sich der einstige Wirtschaftskammerpräsident Sallinger habe ansehen müssen, und mit einem falschen Applaus zu tun.

Gut. Man möchte eigentlich nur das Datum wissen. Von wann bis wann genau war Österreichs künftiger Bundespräsident in welcher Funktion in diesem Sympathieverein für das kommunistische Regime in Nordkorea tätig? – Bruno Aigner verspricht umgehende Recherche und Rückruf binnen 24 Stunden. Das war vor rund zwei Monaten. Seither ist Sendepause.

Im Juli 1976 war Fischer auf jeden Fall dabei, denn da liegt eine Art Reklameaussendung für den nordkoreanischen kommunistischen Weg auf Briefpapier dieser Gesellschaft vor. Die Aussendung ist von Heinz Fischer eigenhändig unterschrieben, und zwar als „Vizepräsident“.

Vom Juli 1994 liegt ebenfalls ein Schreiben der Gesellschaft vor, unterzeichnet wiederum von Heinz Fischer, der diesmal seine „tiefempfundene und respektvolle Anteilnahme“ anlässlich des Todes von Nordkoreas Diktator Kim Il Sung zum Ausdruck bringt. Und: Fischer ist noch immer Vizepräsident. Als weiteres Präsidiumsmitglied scheint der bekannte Bildhauer und bekennende Stalinist Alfred Hrdlicka auf. Als Präsidentin fungiert die ehemalige KPÖ-Chefin Susanne Sohn.

Das ist nun immerhin ein Zeitraum von fast zwanzig Jahren. Also so richtig „ganz kurz“ ist das nicht. Und vielleicht ist er inzwi-

schen sogar Präsident. Dann wäre er womöglich schon in Kürze ein echter Doppelpräsident: Bundespräsident von Österreich und zugleich Präsident des Nordkorea-Förderungsvereins. Denn zurückgelegt hat Fischer, wie er uns deutlich gesagt hat, ja nur „alle seine SPÖ-Parteifunktionen“.

Kein ganz so großes Geheimnis macht Fischer übrigens aus seiner Sympathie für den „kommunistischen Modellstaat Kuba“, zu dessen Diktator er persönliche Kontakte unterhielt. „Ich habe“, erzählte Fischer einmal stolz, „Fidel Castro so herausgefordert, dass mein Gespräch mit ihm bis vier Uhr in der Früh gedauert hat“. Wieder in Wien, belehrte er seine SPÖ-Parteigenossen, „an Kuba kein gutes Haar zu lassen“, sei „eine wenig durchdachte Betrachtungsweise“. Fischer war insbesondere vom „hochentwickelten Gesundheitswesen“ und auch vom Bildungswesen in Kuba sehr beeindruckt und verwies darauf, dass „eine deutliche Mehrheit der kubanischen Bevölkerung nach wie vor das politische System Kubas akzeptiert“.

Alte Liebe rostet nicht: Im September 2002 fand in Wien ein gesamteuropäischer „Kongress der Kuba-Solidarität“ statt. 85 kommunistische Delegierte aus 25 Ländern nahmen daran teil und ließen Fidel Castro hochleben. Auch Heinz Fischer nahm als Gast an den Gesprächen mit den Delegierten teil.

Freilich teilen nicht alle österreichischen Politiker Fischers seltsame außenpolitische Vorlieben. Wilhelm Molterer, der Klubobmann der ÖVP, meinte kürzlich sogar, dass Heinz Fischer „ausenpolitisch jedenfalls in den letzten dreißig Jahren mit einer sagenhaften Präzision immer auf der falschen Seite der Geschichte gestanden“ sei.

Fischer – ein Apparatschik und Parteisoldat

„Hüter der Verfassung und des Rechtsstaats“ will Heinz Fischer sein. Überparteilich, sachlich, objektiv.

Sein Parteifreund, der prominente Philosoph und Soziologe Norbert Leser, scheint hier Skepsis zu empfinden: „Fischer ist nicht der über den Dingen stehende Staatsmann, in dessen Pose er sich gern wirft, wenn es ihm zweckdienlich erscheint. Er bleibt stets Parteimann und bricht, wenn es um die wesentlichen Dinge geht, alle Stäbe für die Partei.“

Wir schreiben das Jahr 1975: Heinz Fischer ist Klubobmann der SPÖ-Parlamentsfraktion. Bruno Kreisky spekuliert mit dem

Gedanken, im Fall des Verlusts der absoluten Mehrheit eine Koalition mit der FPÖ zu bilden und deren Obmann Friedrich Peter den Vizekanzlerposten anzutragen.

Da durchkreuzt der legendäre „Nazijäger“ Simon Wiesenthal Kreiskys Überlegungen, indem er Peters NS-Vergangenheit als Mitglied einer SS-Infanteriebrigade, die in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs an Massakern gegen Zivilisten beteiligt gewesen sei, enthüllt.

Wiesenthal, ein ÖVP-Mitglied, hatte sich bereits ein paar Jahre zuvor bei Kreisky unbeliebt gemacht, indem er offenlegte, dass dieser schon bei der Regierungsbildung 1970 gleich vier SPÖ-Minister in sein Kabinett berufen hatte, die während der NS-Zeit Angehörige der NSDAP beziehungsweise SS-Mitglieder waren. Kreisky tobte. Die Moralkeule „Vergangenheitsbewältigung“ wurde von den Sozialisten schon seit jeher immer nur als Waffe eingesetzt, um damit bei Bedarf einen politischen Gegner zu vernichten. „Antifaschistische Gesinnung“ ist für Sozialisten keineswegs ein Wert an sich.

In diesem Fall waren Wiesenthals Enthüllungen daher ein ungeheures Sakrileg. Kreisky entfesselte eine Kampagne gegen den einstigen KZ-Insassen, der nur knapp dem Tod entronnen war. Erst warf er ihm „Mafiamethoden“ vor, beschuldigte ihn einer verbotenen „Geheimdiensttätigkeit“ und der „Privatjustiz“ und unterstellte ihm, dass er in Wahrheit selbst „ein Gestapo-Kollaborateur“ gewesen sei. Er werde, wütete der Kanzler, Wiesenthals verleumderische Tätigkeit in Österreich auf jeden Fall nicht länger dulden. Und obwohl selbst Jude, steigerte sich Kreisky schließlich gar bis zur Aussage hinein: „Wenn die Juden ein Volk sind, dann ist es ein mieses.“

SPÖ-Organisationen verlangten, Wiesenthal die österreichische Staatsbürgerschaft abzuerkennen und ihn des Landes zu verweisen. Wiesenthal selbst ging zu Gericht und klagte Kreisky wegen Verleumdung.

Da trat Heinz Fischer in Erscheinung, um diesen Prozess unter allen Umständen zu verhindern. Denn, so Fischer, Gerichtsentscheidungen seien „ein Lotteriespiel“, die Gerichte seien hier überfordert. Und er kündigte einen eklatanten Verfassungsbruch an, indem er Wiesenthal mit der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses bedrohte, um seine „üble Tätigkeit in aller Öffentlichkeit bloßzulegen“, falls er seine Klage nicht zurückziehe.

Wiesenthal, vollkommen gebrochen, gab Heinz Fischers Drohung schließlich nach und verzichtete auf sein staatsbürgerliches Recht auf ein Gerichtsverfahren.

Fischer im Parlament: „Sie Schwein, Sie!“

Als „Mann mit den hundert Masken“ hat ihn Ernst Hofbauer beschrieben.

In seiner Funktion als Nationalratspräsident hat sich Heinz Fischer angewöhnt, seine Emotionen nicht zu zeigen und – insbesondere, wenn Fernsehkameras in seiner Nähe sind – niemals die Kontrolle zu verlieren. Dennoch: Auch wenn er äußerlich meist sehr zurückhaltend, ruhig und besonnen wirkt, innerlich kocht er sehr oft vor Wut. Tatsächlich ist Heinz Fischer ein jähzorniger Mann.

Anfang der Achtzigerjahre beschäftigt die Korruptionsaffäre um SPÖ-Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch, der 1981 von allen seinen politischen Ämtern zurücktreten muss und schließlich wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe rechtskräftig verurteilt werden sollte, die Öffentlichkeit und das Parlament.

Am 21. August 1980 tritt der Nationalrat zu einer Sondersitzung im Zusammenhang mit dem Fall Androsch zusammen. Es geht um Amtsmissbrauch, um Androschs dubiose Villenfinanzierung und eben um die erwähnte Steuerhinterziehung.

SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer ist von Anfang an extrem nervös. Schließlich steht nicht nur die Glaubwürdigkeit und Reputation der „sozialistischen Bewegung“ nach außen auf dem Spiel. Vielmehr ist längst auch schon ein extremer innerparteilicher Machtkampf zwischen Kreisky und seinen Getreuen einerseits und dem Androsch-Clan andererseits entbrannt.

Fischers Parteifreund Norbert Leser weiß, wie dieser mit solchen Situationen umgeht: „Immer wenn es gegen Schwächere geht, ist Fischer mit von der Partie, wenn es sich allerdings um intakte Machtträger handelt, hält er sich gerne heraus.“

Für Heinz Fischer ist jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen, wer von den beiden mächtigsten Männern in der SPÖ den Kampf gewinnen wird, so kann er sich daher noch nicht endgültig entscheiden, wen er unterstützen soll. Vorläufig hält er jedenfalls noch in absoluter Nibelungentreue zu seinem Freund Hannes Androsch.

Als dieser vom ÖVP-Abgeordneten Heribert Steinbauer massiv angegriffen wird, kann Fischer seinen Zorn kaum noch verbergen. Schließlich springt er auf und stürmt, hochrot im Gesicht, auf den Redner zu, schleudert seinen Kugelschreiber auf ihn und brüllt, außer sich vor Wut: „Sie Schwein, Sie!“

Der Drahtzieher beim Waldheim-Komplott

Als Politprofi hat Heinz Fischer von frühester Jugend an gelernt, Strategien festzulegen und politisch langfristig zu planen. Im Februar 1984 begleitete Heinz Fischer den damaligen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger in die USA. Kirchschlägers Amtszeit ging dem Ende zu, und es war bereits zu diesem Zeitpunkt abzusehen, dass die ÖVP als ihren nächsten Präsidentschaftskandidaten den Ex-UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim nominieren würde. Fischer selbst war zwar formal zu diesem Zeitpunkt nur Wissenschaftsminister im Kabinett von Fred Sinowatz und dessen Stellvertreter als SPÖ-Parteivorsitzender, tatsächlich jedoch war er nach Kreiskys endgültigem Rückzug aus der Politik schon längst der wahre Chef in der Partei. Als solchem stand es ihm natürlich zu, sich auch um die nächste Präsidentschaftswahl zu sorgen. Gegen Waldheim schien allerdings von Anfang an kein SPÖ-Mann eine Chance zu haben.

Während Kirchschläger in Amerika seinen Staatsbesuch absolvierte, konferierte Fischer fast ausschließlich mit Vertretern des Jüdischen Weltkongresses, und zwar mit Israel Singer, dem er schon seit Jahren freundschaftlich verbunden war, sowie mit dessen Präsidenten Edgar Bronfman. Fischer lud die beiden Herren ein, ihren nächsten Weltkongress im Jänner 1985 in Wien abzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt war Waldheims Kandidatur bereits beschlossen.

Waldheim war aufgrund seiner Politik als UNO-Generalsekretär sowohl bei den Juden in den USA als auch in Israel wegen seiner „Araberfreundlichkeit“ höchst unbeliebt. Der Jüdische Weltkongress war daher von vornherein nicht abgeneigt, die SPÖ tatkräftigst bei der Vorbereitung von Anti-Waldheim-Wahlkampfmissionen zu unterstützen.

Schon zwei Monate später, im März 1985, jettete der SPÖ-Chefstrategie Fischer erneut nach New York, offiziell zum Zweck einer Ausstellungseröffnung, daneben ergab sich aber auch Gelegenheit, sich wiederum mit den JWC-Vertretern, aber auch dem

damaligen Unterstaatssekretär im Pentagon, Ronald Lauder, sowie mit dem Chefredakteur der „New York Times“, Abe Rosenthal, und anderen Herren zu besprechen, die später bei der weltweiten Kampagne gegen Waldheim eine wichtige Rolle spielen sollten.

Nach Fischers Rückkehr aus den USA dauerte es nicht mehr lange, und Bundeskanzler Sinowatz war in der angenehmen Lage, seinem burgenländischen Parteivorstand unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit die Mitteilung zu machen, dass die SPÖ „zur rechten Zeit vor der Präsidentschaftswahl in einer groß angelegten Kampagne die österreichische Bevölkerung über Waldheims braune Vergangenheit informieren“ werde. Diese Tatsache wurde später von einer in Ungnade gefallenen SP-Funktionärin öffentlich gemacht. Sinowatz bestritt bekanntlich in der Folge diese Äußerung, wurde jedoch der Lüge überführt und wegen falscher Zeugenaussage rechtskräftig gerichtlich verurteilt. Fischer selbst warnte Waldheim nur, seine Kandidatur weiter aufrechtzuerhalten, der schlug diese jedoch in den Wind.

Was daraufhin gestartet wurde, war eine der ungeheuerlichsten politischen Verleumdungskampagnen in der Geschichte nicht nur Österreichs: Kurt Waldheim wurde in einer von New York und Wien aus gemeinschaftlich gesteuerten weltweiten medialen und politischen Hetzkampagne und unter Zuhilfenahme nachweislich gefälschter Dokumente systematisch als „Nazi“, als „Antisemit“, als „Kriegsverbrecher“ und als „Judenschlächter“ dargestellt. Schon Monate vor dem offiziellen Wahlkampfstart war von einer SPÖ-Werbe-gesellschaft unter anderem auch ein Grafiker beauftragt worden, gefälschte Fotos herzustellen, die Waldheim im März 1938 auf dem Wiener Heldenplatz zusammen mit prominenten Nazis zeigen.

Schließlich wurde der Präsidentschaftskandidat der ÖVP, der zuvor zehn Jahre lang als Generalsekretär der UNO tätig war und weltweit höchstes Ansehen genossen hatte, sogar auf die „Watchlist“ des US-Justizministeriums gesetzt und in den USA zum „unerwünschten Ausländer“ erklärt.

Im Juni 1986 wurde Waldheim trotz alledem mit überwältigender Mehrheit als erster nichtsozialistischer Bundespräsident der Zweiten Republik gewählt. Wieder einmal war eine wohl durchdachte Strategie nach hinten losgegangen. Die parteipolitisch motivierte Anti-Waldheim-Kampagne hatte sich im höchsten Maß als „kontraproduktiv“ erwiesen. Was blieb, war der Scha-

den, den das Land dadurch erlitten hatte. Das Ansehen Österreichs war weltweit nachhaltig geschädigt.

Wer nun tatsächlich der für das Waldheim-Komplott verantwortliche Wiener Hauptdrahtzieher war, blieb offiziell bis heute ein Geheimnis, das auch von Eli Rosenbaum in seinem 1993 erschienenen Buch „Betrayal: The Untold Story of the Kurt Waldheim Investigation and Cover-Up“ nicht endgültig gelüftet wird. Man erfuhr nur, dass der in bedeutender politischer Funktion tätig gewesene „Wiener Mittelsmann“ ein Pfeifenraucher war. Pfeifenraucher war in Wien zum damaligen Zeitpunkt freilich nicht allein Heinz Fischer.

Als Waldheims Amtszeit ausgelaufen war, war Fischer Erster Nationalratspräsident. In dieser Funktion oblag es ihm, im Hohen Haus die Abschiedsrede für den aus dem Amt scheidenden Bundespräsidenten zu halten. Scheinheilig beklagte er nun, „dass dem Menschen und dem Bundespräsidenten Kurt Waldheim Unrecht zugefügt wurde, wenn ihm Handlungen – ja sogar Kriegsverbrechen – angelastet wurden, die er nach aller historischen Evidenz einschließlich dem Gutachten einer hochrangigen Historikerkommission nicht begangen hat“.

Da fällt einem wieder Norbert Leser ein, der den Charakter seines Expartei Freundes Heinz Fischer mit einem Vers von Christian Morgenstern beschreibt: „Es sagt nicht hu, es sagt nicht mäh und frisst dich auf aus nächster Näh. Und dreht das Auge dann zum Herrn. Und alle haben's herzlich gern.“

Heinz Fischer und „Der Fall Lucona“

Jüngeren Lesern ist der „Fall Lucona“ wahrscheinlich nicht mehr bekannt. Es war dies eine der spektakulärsten Kriminalaffären, die es im Dunstkreis der österreichischen Regierungsspitze jemals gab.

Udo Proksch, ein Wiener Gesellschaftslöwe, Waffenhändler, Ostagent und Inhaber des legendären Café Demel, ließ im Jahr 1977 das Frachtschiff „Lucona“ mit wertlosem Schrott beladen, ließ es auf rund 240 Millionen Schilling als angebliche „Urananlage“ frachtversichern und schickte es auf den Weg von Venedig nach Hongkong. Im Laderaum befand sich eine Sprengladung, die sich Proksch über den damaligen SPÖ-Verteidigungsminister (der später erschossen aufgefunden wurde) aus Bundesheerbeständen beschafft hatte. Im Indischen Ozean wurde die Sprengla-

dung zur Explosion gebracht, der Frachter sank, und sechs Matrosen starben.

Vergeblich versuchten Polizei und Justiz insgesamt mehr als zehn Jahre lang, Proksch und seine Mittäter wegen Mordes und Versicherungsbetruges anzuklagen. Es gelang nicht, denn Proksch stand unter dem Schutz einflussreicher Freunde aus der Politik, die ihm über seinen Club 45, eine Art „rote Loge“, verbunden waren. Innenminister Karl Blecha, heute SPÖ-Pensionistenpräsident, verbot polizeiliche Ermittlungen, und SPÖ-Außenminister (und später Nationalratspräsident) Leopold Gratz besorgte ihm Entlastungsdokumente, die vom rumänischen Geheimdienst gefälscht waren.

Erst nach der Aufdeckung dieses Polit-Skandals durch ein Buch (Preterebner, Der Fall Lucona) im Jahr 1988 konnte der Massenmörder Udo Proksch angeklagt und schließlich zu lebenslanger Haft verurteilt werden, und die Minister Gratz und Blecha sowie andere hohe Funktionäre aus Polizei und Justiz mußten ihre Ämter niederlegen.

Auch Heinz Fischer gehörte dem Club 45 eine Zeitlang an. Im Februar 1985 (Fischer war zu diesem Zeitpunkt Wissenschaftsminister) hatte ein mutiger Untersuchungsrichter wieder einmal versucht, Udo Proksch zu verhaften. Sofort bot sich Gratz daraufhin dem Gericht als Entlastungszeuge an, worauf Proksch prompt wieder freigelassen werden mußte. Erst viele Jahre später wurde Gratz deshalb wegen falscher Zeugenaussage verurteilt.

Um seinen Sieg über die Justiz zu feiern, lud Proksch seine engsten Freunde in den Club 45 ein. Auch Wissenschaftsminister Fischer eilte herbei und stellte seinen „Sinn für Gerechtigkeit“ unter Beweis. Er umarmte seinen Freund, den Massenmörder, und rief mit Tränen in den Augen aus: „Schön, dass du wieder da bist!“ In Prokschs Gästebuch schrieb er: „Qousque tandem abutere patientia nostra?“ – Wie lange noch wird man unsere Geduld missbrauchen?

Politisch geschadet hat diese Beziehung Fischer nie. Sein damaliger Parteifreund Egon Matzner sieht dies so: „Der Unterschied zwischen denen, die in Skandalen untergegangen sind, und Heinz Fischer, der unangefochten geblieben ist, besteht darin, dass er so wie die anderen seine Hände in jedem Dreck drinnenhatte, sie aber im Gegensatz zu den anderen rechtzeitig herauszog.“

Gratz und Blecha hingegen kamen später im Zusammenhang mit einem weiteren Skandal, der sogenannten Noricum-Affäre, bei

der es um illegale Waffenlieferungen ging, erneut in Bedrängnis. Auch Ex-Bundeskanzler Fred Sinowatz wurde zusammen mit ihnen angeklagt.

Und wieder stellte Fischer, nun bereits Erster Nationalratspräsident, sein gestörtes Verhältnis zur Justiz und zu einem unabhängigen Rechtssystem unter Beweis. Diesmal war er es, der sich dem Gericht als „Entlastungszeuge“ zugunsten seiner Parteifreunde anbot. Schon vorher erging er sich in wütenden Ausfällen über „die Unfairness und Brutalität mancher Justizfunktionäre, die glauben, sie stehen außerhalb jeder Kritik und können sich alles leisten“. Die Anklageschrift, so Fischer, sei „nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben“ sei.

Als Zeuge im Gerichtssaal scheute sich der Nationalratspräsident dann nicht, die Geschworenen massiv zu bedrohen: „Wenn das Gericht Sinowatz auf Grund dieser Anklage schuldig spricht, dann ist das ein Fehlurteil!“ donnerte er in den Saal. Schließlich verstieg er sich sogar dazu, den Prozess gegen seine Parteifreunde mit dem Urteil von Schattendorf zu vergleichen. Dieses hatte bekanntlich im Jahr 1927 den Brand des Justizpalastes ausgelöst.

„Abzocker“ und Privilegienritter

„Ein soziales Gewissen muss man immer haben“, dozierte Fischer im Verlauf der Wahl-TV-Konfrontation mit salbungsvoller Stimme, „nicht nur vor einer Wahl!“ Tatsächlich hat der Spitzeneinkommensbezieher Heinz Fischer, dessen derzeitiger Pensionsanspruch als Beamter und als Nationalratspräsident aufgrund neuester gesetzlicher Bestimmungen auf nur noch 13 800 Euro monatlich beschränkt sein wird, zeit seines Lebens beredete Klage über die ungerechte Einkommensverteilung im „kapitalistischen System“ geführt, eine „Entlohnung nach dem Arbeitsleid“ gefordert und jede Form von Klassenprivilegien angeprangert.

Wie Ferrero-Waldner will auch Fischer auf Amtsvilla und Sommersitz im Fall seiner Wahl zum Bundespräsidenten großzügig verzichten. Ein wirklich großes Opfer ist das freilich nicht, schließlich verfügt er schon seit 32 Jahren in der Wiener Josefstadt über ein recht feudales Domizil, das seinerzeit auf Kosten der Hausinhabung großzügig adaptiert worden ist und dessen monatlicher Mietzins dennoch einen quasi symbolischen Betrag nicht übersteigt.

Möglich wurde dieses Schnäppchen, weil das Haus der gemeindeeigenen Wiener Städtischen Versicherung gehört und deren damaliger Generaldirektor zufällig auch Heinz Fischers Schwiegervater ist.

Auch einen angemessenen Sommersitz muss Fischer, langjähriger Präsident der SPÖ-Naturfreunde, keineswegs entbehren. Die schmucke, auf rund 2800 Quadratmeter Gesamtgrundfläche erbaute und großzügig ausgebaute Landvilla liegt auf 900 Meter Seehöhe inmitten des an sich mit einem strikten Bauverbot belegten Landschaftsschutzgebiets Hohe Wand.

Ursprünglich hatte auf diesem Grund ein altes Bauernhaus gestanden. Das brannte eines Tages ab. Für einen Wiederaufbau des Gebäudes erhielt der einheimische Besitzer allerdings trotz heftigster Bemühungen aus Naturschutzgründen keine Baubewilligung. So sah er sich schließlich gezwungen, den Traumgrund um den Spottpreis von nur 59 000 Schilling zu verkaufen.

Als Interessenten traten die Geschwister Heinz und Edith gemeinsam mit Vater Rudolf Fischer in Erscheinung, kauften, und kurz danach – erraten – war auch eine Baugenehmigung erteilt. Ein weiterer Ausbau erfolgte 1981.

Der für den Naturschutz zuständige Sachverständige der BH Wr. Neustadt, Wilhelm Zach, wehrte sich erfolglos gegen das Verlangen der Familie Fischer, erlitt schließlich einen Herzinfarkt und musste ins Pension gehen. Als Grund gab er der „Wochenpresse“ gegenüber „die Fischer-Geschichte“ an: „Ich hab mich so geärgert.“

Ja, im Sozialismus sind bekanntlich alle Menschen gleich. Bloß sind manche noch ein bisschen gleicher.

Wenn es Einkommensbezieher gebe, die pro Jahr 3 Millionen Schilling (rund 213 000 Euro) oder mehr beziehen, somit „das Vierzigfache dessen, mit dem ganze Familien auskommen müssen“, dann könnten solche Unterschiede in der Einkommensverteilung sicher nicht mit dem Leistungsprinzip begründet und daher keinesfalls gerechtfertigt werden, stellte Heinz Fischer mehr als einmal im Lauf seines Lebens fest. Ganz besonders erboste er sich immer wieder über „arbeitslose Einkommen“, wie sie etwa private Kapitaleigner erzielen.

Mitte der Neunzigerjahre begann auch die Bevölkerung aus guten Gründen, die Einkommen vor allem von Politikern zu hinterfragen. Und da wurde dann plötzlich auch ein „Fall Fischer“ öffentlich.

Als Nationalratspräsident bezog Heinz Fischer damals 179 242 Schilling (rund 12 800 Euro) monatlich. Doch das war nicht alles. Als vom Dienst freigestellter Beamter mit dem schönen Amtstitel „Parlamentsrat“ bezog Fischer zusätzlich noch einmal ein – und zwar arbeitsloses – Einkommen von 53 000 Schilling (rund 3800 Euro) monatlich. Insgesamt pro Monat also mehr als 232 000 Schilling (rund 15 900 Euro).

Fischers Jahreseinkommen betrug demnach rund 3,1 Millionen Schilling, also mehr als „das Vierzigfache dessen, mit dem ganze Familien auskommen müssen“.

Als Fischers arbeitsloses Einkommen 1996 erstmals ruckbar wurde, vermochte er sich zunächst gar nicht daran zu erinnern. Die seit seinem Amtsantritt als Nationalratspräsident im Jahr 1990 erfolgten monatlichen Überweisungen von 53 000 Schilling ohne jede Gegenleistung schienen ihm überhaupt nicht aufgefallen zu sein. Später versuchte er zu tricksen und behauptete, die Zahlungen stünden ihm aus diesen und jenen Gründen auf alle Fälle zu. Schließlich ließ er sich von der Parlamentsdirektion ein Gutachten besorgen, das ihm bescheinigen sollte, dass er sich „keine Unkorrektheit“ habe zuschulden kommen lassen.

Aufgrund des öffentlichen Aufsehens, das der „Fall Fischer“ und einige andere ähnlich gelagerte Fälle damals erregt hatten, wurde das Gesetz, das diesen Skandal ermöglicht hatte, geändert.

Zurückzahlen musste Fischer die rund 5 Millionen Schilling, die er sich im Verlauf von sechs Jahren fürs Nichtstun überweisen ließ, natürlich nicht.

Dafür muss er sich jetzt schon seit Jahren mit nur noch 13 000 Euro monatlich begnügen. Ob der Betrag dem Arbeitsleid eines Zweiten Nationalratspräsidenten angemessen ist, lässt sich nur schwer ergründen.

Ein Meister der politischen Intrige

„Ein Bundespräsident mit Herz“ will Heinz Fischer also sein. Das sagen jedenfalls seine Wahlkampfmanager. Dass er in Wahrheit ein eiskalter Machtmensch ist, weiß jeder, der ihn etwas besser kennt. Jedenfalls aber ist er ein bedenkenloser Meister der Intrige. Und ein Mann, der ausschließlich im Hintergrund die Fäden zieht. Was dabei herauskommt, ist freilich nicht immer vorhersehbar. Eine seiner strategischen Glanzleistungen war zweifellos die im Jahr 1993 erfolgte Gründung des „Liberalen Forums“.

Diese Parteigründung – offiziell durch Heide Schmidt und weitere vier freiheitliche Dissidenten erfolgt – hätte mit Gewissheit ohne Heinz Fischer niemals stattgefunden. Keiner der damaligen vier Abgeordneten der FPÖ (allesamt bereits politische Auslaufmodelle) und schon gar nicht Heide Schmidt hätten den „Mandatsdiebstahl“ gewagt, wenn ihnen nicht vom Nationalratspräsidenten die verfassungsrechtlich höchst umstrittene Zuerkennung des Klubstatus (samt hohen finanziellen Zuwendungen), schon vorher zugesagt worden wäre.

Fischer hat dies zwar immer nachdrücklich bestritten und behauptet, erst aus den Medien die LiF-Abspaltung von der FPÖ erfahren zu haben, wurde jedoch von einem grünen Abgeordneten überführt, die Unwahrheit gesagt zu haben. Severin Renoldner war durch puren Zufall Augen- und Ohrenzeuge einer lange vorher stattgefundenen Besprechung zwischen Schmidt und Fischer, bei der es um die Vorbereitung zur LiF-Gründung ging.

Es wurde damals vielfach auch behauptet, dass der politischen Freundschaft zwischen Fischer und Heide Schmidt eine private Liaison vorangegangen sei. Heinz und Heide sollen ein Paar gewesen sein, und zwar schon viele Monate lang, bevor im Februar 1993 die politische Bombe platzte. Beide haben diesbezügliche Berichte nie kommentiert, sie aber auch nie dementiert. Dies hätten sie auch nicht können, schrieb eine Wochenzeitung, weil „zu viele Anrainer im Umfeld von Fischers Sommerhaus auf der Hohen Wand zu viel gesehen hatten, und Fischer wegen einer Lebensgemeinschaft mit Frau Dr. Schmidt aus dem gemeinsamen Familienhaushalt in der Wiener Josefstadt ausgezogen ist“.

Wie immer dem auch sei: Selbst wenn es wahr wäre, wäre es eine höchstpersönliche Angelegenheit der davon betroffenen Personen – und belanglos, weil jedenfalls bei Fischer sicher das politische Interesse dafür ausschlaggebend war, Heide Schmidt zu ihrer Vorgangsweise zu ermuntern. Fischer war überzeugt davon, dass die Gründung des „Liberalen Forums“ zu einer Spaltung der FPÖ und zur politischen Vernichtung Haiders führen würde. Dass es ganz anders kam, ist eine andere Geschichte.

Analysiert man nämlich Fischers Strategiespiele und Planungen, die er seit Jahrzehnten produziert, einmal genau, und überprüft sie auf ihre tatsächliche Wirkung, so stellt man fest, dass diese kurzfristig zwar oft erfolgversprechend schienen, auf längere Sicht erwies sich allerdings noch jede Fischer-Aktion auch für die SPÖ selbst als außerordentlich kontraproduktiv.

Dass Heinz Fischer bereits in der Nach-Kreisky-Ära in der SPÖ die faktische Parteiführung übernommen hatte, wurde schon gesagt. Der legendäre „Sonnenkönig“ selbst hingegen mochte seinen Stellvertreter nie. Ja, er verachtete ihn zutiefst, wobei es vollkommen belanglos ist, ob Kreisky nun tatsächlich in einem Interview einmal behauptet hat, dass Heinz Fischer „chemisch rein von Charakter“ sei, wie es kolportiert wird, oder ob er ihn nur „chemisch rein von Zivilcourage“ nannte, wie es dann geschrieben wurde. In seinen Memoiren (ein Werk von immerhin beinahe tausend Seiten) ist es Bruno Kreisky jedenfalls gelungen, Heinz Fischers Namen nicht ein einziges Mal zu erwähnen.

Wie erfolgreich Fischers Strategien für die SPÖ jeweils gewesen sind, läßt sich leicht überprüfen: Heinz Fischer tat sich seinerzeit als Architekt der ersten rot-blauen Koalition mit Sinowatz und Norbert Steger hervor. Was hat diese der SPÖ gebracht? – Steger wurde abgewählt und Haider übernahm die FPÖ.

Heinz Fischer fädelte das Anti-Waldheim-Komplott ein, um einen von der ÖVP nominierten Bundespräsidenten zu verhindern. Was hat es der SPÖ gebracht? – Waldheim gewann die Wahl.

Heinz Fischer erfand die „FPÖ-Ausgrenzungsstrategie“. Wozu hat sie geführt? – Haider wurde immer stärker, bis die SPÖ schlussendlich die Regierungsmacht verlor.

Heinz Fischer betätigte sich als Geburtshelfer des „Liberalen Forums“. Und was war der Erfolg? – Die FPÖ wurde trotzdem stärker, während die SPÖ sehr viele Stimmen an Heide Schmidt verlor, bis das LiF dann wieder unterging.

Heinz Fischer intrigierte gegen den SPÖ-Chef Franz Vranitzky und hob an dessen Stelle Viktor Klima auf den Schild. Was hat der Wechsel für die SPÖ gebracht? – Klima fuhr für die SPÖ die schlimmste Niederlage in ihrer Geschichte ein.

Heinz Fischer war der Hauptdrahtzieher bei der Verhängung der „EU-Sanktionen“, um Schwarz-Blau und einen Bundeskanzler Schüssel zu verhindern – doch auch diese waren ein veritabler Misserfolg, letztendlich „kontraproduktiv“ und schaden der SPÖ mehr als der Regierung.

„Sanktionen“: Fischers Verrat an Österreich

Um die Hintergründe für das Zustandekommen der „EU-Sanktionen“ zu verstehen, muss man sich zuerst in aller Kürze noch einmal an den Jänner des Jahres 2000 zurückerinnern, und dann

natürlich auch die handelnden Hauptpersonen und deren politische Funktionen kennen.

Von den 15 EU-Mitgliedstaaten wurden damals zehn von sozialistischen Parteien regiert. EU-Ratspräsident war der Portugiese Antonio Guterres. Er war zugleich Präsident der Sozialistischen Internationale. SI-Vizepräsident war damals Österreichs Bundeskanzler Viktor Klima.

Heinz Fischer war Vizepräsident der SPE, der Europäischen Sozialdemokratischen Parteien. Er leitete federführend auch die Koalitionsgespräche mit der ÖVP (Klima war von Fischer längst „entmündigt“).

Eine wesentliche Rolle spielte natürlich auch Bundespräsident Thomas Klestil, der sich insbesondere von Fischer bedenkenlos instrumentalisieren und für die Machtspiele der SPÖ einspannen ließ. Die Aufdeckung der Motive Klestils wäre eine eigene Abhandlung wert.

Nachdem in der Nacht vom 20. auf 21. Jänner die Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ durch die Starrheit und Reformunwilligkeit der sozialistischen Gewerkschafter endgültig gescheitert waren, rief Heinz Fischer schon am nächsten Morgen Guterres an und berichtete ihm vom drohenden Verlust der Regierungsmacht und der „Gefahr“, dass es nun zu einer ÖVP-FPÖ-Regierung kommen könnte. Guterres schlug als Gegenstrategie eine scharfe Stellungnahme der Sozialistischen Internationale vor. Fischer wusste, dass das in Österreich niemanden hinter dem Ofen hervorlocken würde und schon gar nicht geeignet wäre, Schwarz-Blau zu verhindern.

Um das zu erreichen, müsste schon ein Super-Coup gelingen. Fischer hatte schließlich wieder einmal eine scheinbar rettende Idee: eine rote Minderheitsregierung mit Duldung der FPÖ. Klestil war einverstanden. Vier Minister war man bereit, der FPÖ zuzugestehen.

Das ist schon bemerkenswert: Ein SPÖ-Bundeskanzler und vier FPÖ-Minister in einer gemeinsamen Regierung, sowie ein „Arbeitsübereinkommen“ zwischen SPÖ und FPÖ wäre für „Europa“ kein Problem gewesen. Wetten, dass es dagegen weder „Sanktionen“ seitens der EU gegeben hätte, noch Großdemonstrationen in Österreich unter dem Motto: „Widerstand! Widerstand! – Klima und Haider an die Wand!“

Ein ÖVP-Bundeskanzler und dieselben vier FPÖ-Minister in einer gemeinsamen Regierung, sowie ein Koalitionsabkommen

zwischen ÖVP und FPÖ mussten hingegen „zwangsläufig“, wie man uns bis heute weismachen will, zu den „EU-Sanktionen“ und den Protestmaßnahmen im Inland führen, weil die „Demokratie in Gefahr“ gewesen sei und „Rechtsradikale in einer Regierung“ von den anderen EU-Staaten angeblich eben nicht geduldet werden konnten.

Erst als auch diese Lösung nicht zustande kam und Schüssel und Haider schließlich ohne Auftrag des Bundespräsidenten anfangen, ein Regierungsprogramm auszuarbeiten, war für die SPÖ endgültig Feuer am Dach. Jetzt musste man die ÖVP schlichtweg erpressen, die FPÖ rechts liegen zu lassen und zumindest eine rote Minderheitsregierung zu unterstützen, um damit Viktor Klimas Überleben als Bundeskanzler zu erwirken. Durch massiven Druck von außen sollte dies, so hoffte man, gelingen.

In zahllosen Telefonaten quer durch Europa kontaktierten Fischer und Klima in den nächsten Tagen alle sozialistischen Regierungschefs und forderten die „internationale Solidarität“ ein. Wie man genau vorgehen würde, wolle man, so kam man überein, bei dem am 26. Jänner in Stockholm stattfindenden „Holocaust-Forum“ diskutieren. Fast alle sozialistischen Regierungschefs würden dort anwesend sein.

Inzwischen war in Österreich längst auch schon „die Straße“ mobilisiert. Das Ausland sollte sehen, dass auch „das österreichische Volk“ zum Widerstand gegen die „Machtergreifung des Faschismus“ (kein Witz!) bereit sei.

Klima reiste nach Stockholm, wo die gesamte SI-Prominenz versammelt war. Noch in der Nacht konnte er Fischer die Vollzugsmeldung übermitteln. Man war bereit, Österreich „Sanktionen“ für den Fall einer schwarz-blauen Regierungsbildung anzudrohen. Nun ging es nur noch darum, auch die wenigen nichtsozialistischen Regierungen in Europa zum Mitmachen zu animieren. Diese Aufgabe hatte Fischer Thomas Klestil zgedacht. Dieser war auch sofort bereit, sich instrumentalisieren zu lassen und holte noch in derselben Nacht den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac aus dem Bett, um ihm seine Wünsche vorzutragen.

Am nächsten Morgen rief Klestil den Spanier Aznar an, und in der Folge auch noch andere. Sogar Tony Blair gab später öffentlich bekannt, dass er der Sanktionsandrohung durch die „EU-14“ erst zugestimmt habe, „nachdem ihn der österreichische Präsidenten persönlich darum gebeten hat“.

Der Reihe nach gaben ja später praktisch alle europäischen Staats- und Regierungschefs mehr oder minder offen zu, dass sie von Österreich aus um diese „Sanktionen“ nachdrücklich gebeten wurden und dass sie auch von Präsident Klestil ausdrücklich darum ersucht worden seien.

Am 31. Jänner langte die Sanktionsandrohung der EU-Ratspräsidentschaft beim Bundespräsidenten und im Außenministerium ein. Über ausdrücklichen Wunsch von Klestil wurde die Note auch der Öffentlichkeit übergeben.

„Schlimmstenfalls brennt die Republik“

Am nächsten Tag trat zum letzten Mal die alte rot-schwarze Regierung zu einer Ministerratsitzung zusammen. Da diese Sanktionsandrohung eklatant rechtswidrig war, versuchte Schüssel einen Ministerratsbeschluss herbeizuführen, um den Beschluss der „EU-14“ in geeigneter Form als unerlaubten Eingriff in die österreichischen Souveränitätsrechte bei der Regierungsbildung zurückzuweisen. Selbst die meisten sozialistischen Minister hätten dies begrüßt. Man mußte jedoch zuerst Rücksprache mit Heinz Fischer halten – und Heinz Fischer sagte: Njet!

Als sich 2001 in Italien Berlusconi anschickte, mit der Alleanza Nazionale und Umberto Bossis „Lega Nord“ eine Regierungskoalition einzugehen, drohten ein paar sozialistische Scharfmacher wie Schröder und Moscovici ebenfalls auch Italien mit Sanktionen, „wie bei Österreich“.

Daraufhin standen dort jedoch der Staatspräsident, der Ministerpräsident, der Parlamentspräsident und die Vorsitzenden sämtlicher Parteien, einschließlich der Kommunisten, wie ein Mann auf und verbat sich energisch „jede Einmischung des Auslands in die inneren Angelegenheiten Italiens“, und auch alle großen Medien des Landes wiesen dieses Ansinnen scharf zurück, worauf Schröder und Moscovici ihre Schwänze rasch wieder einziehen mussten. Österreich ist eben anders – Fischer sei Dank.

Die Drohung mit „Sanktionen“ verfehlte schließlich ihre Wirkung, wie man weiß, weil sich Schüssel nicht erpressen ließ. Die schwarz-blaue Regierung wurde trotz alledem gebildet, und die von der SPÖ bestellten „EU-Sanktionen“ traten daraufhin automatisch in Kraft – zum Schaden des ganzen Landes.

Nach der Regierungsbildung ging es freilich in Österreich erst richtig los. Der „spontane Widerstand“ brach los, wobei man

(ganz im Sinn der alten Fischer'schen „Doppelstrategie“) die echte Drecksarbeit meist nicht-parteigebundenen Kleingruppen, kommunistischen Netzwerken, einer sogenannten „Demokratischen Initiative“, dem „Republikanischen Klub“, der ebenfalls wieder von Fischer gefördert wird, und Einzelpersonen, „Plattformen gegen Schwarz-Blau“, „Botschaften besorgter Bürgerinnen und Bürger“, der „Underground-Resistance“ usw. überließ. Vom Hass auf den politischen Gegner getrieben, demonstrierten Zehntausende auf den Straßen von Wien, und vor dem Ballhausplatz wurde die Angelobung der neuen Regierung mit Sprechchören begleitet, deren Intention nichts zu wünschen übrig ließ: „Widerstand, Widerstand! Schüssel und Haider an die Wand!“ Man marschierte zum Parlament und danach zum Sozialministerium am Wiener Stubenring. Kommunisten und Sozialisten stürmten das Gebäude und besetzten das Ministerium. In den Büros wurden Akten teilweise an Ort und Stelle vernichtet, teilweise in Müllsäcken aus dem Gebäude geschafft und zur Müllverbrennung befördert. In allen Ministerbüros, die von Sozialdemokraten geführt waren, wurden die Telefonleitungen aus den Wänden gerissen, in den Computern die Daten gelöscht, die Programme und Betriebssysteme unbrauchbar gemacht. Eine von solchen politischen Hassausbrüchen begleitete „Amtsübergabe“ gab es noch nie zuvor in der Geschichte Österreichs.

Und die Demonstrationen und Gewaltexzesse gingen, wie innerlich, noch lange weiter. Im Hintergrund saßen Heinz Fischer und einige andere „über jeden demokratischen Zweifel erhabene Sozialdemokraten“ und rieben sich die Hände über die spontan entstandene Protestbewegung, durch die die „Notwendigkeit und Richtigkeit der Sanktionen“ unterstrichen werden sollte. Und so mancher alte Marxist mag in diesen Tagen auch schon wieder von der endlich in Gang kommenden „proletarischen Revolution“ zu träumen angefangen haben.

Die sozialistische Fraktion in der Beamtengewerkschaft rief die „Genossinnen und Genossen“ schriftlich zum Widerstand gegen die Bundesregierung und zur „Gehorsams- und Kooperationsverweigerung“ auf: „Auf Grund der politischen Situation ist es unumgänglich, die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen für gewerkschaftliche Maßnahmen zu treffen. Daher geht das Ersuchen der Bundesfraktion ... mitzuteilen, mit wie viel Kolleginnen und Kollegen ihr – auch innerhalb kürzester Zeit – zu Demonstrationen kommen könnt bzw. welche Mittel ihr in eurem Be-

reich zur Verfügung habt.“ Denn, so hieß es in dem Aufruf weiter: „Die derzeitige politische Situation ist sicher die schwierigste in der Geschichte der Zweiten Republik. Daher ist es notwendig, dass Ansprechpartner in eurem Bereich ständig, auch abends und am Wochenende, erreichbar sind.“

Der Eisenbahnergewerkschaftschef Wilhelm Haberzettl schloss sich der Kampfaufforderung an: „Wenn zwei, drei Gewerkschaften mit einem Streik beginnen, zwei weitere schließen sich an, dann kommt etwas in Bewegung.“

„Einen Generalstreik kann ich nicht ausschließen“, verkündete auch ÖGB-Vizepräsident Hans Sallmutter. Zwar würde ein großer Teil der Bevölkerung zuerst „ganz grausig schockiert sein“, aber nach einiger Zeit würden die Menschen den „Schock unserer Kampfmaßnahmen“ überwinden und „das Volk wird sich hinter uns stellen“. Und der Gewerkschaftsfunktionär Rudolf Kaske kündigte an: „Schlimmstenfalls brennt die Republik“.

Das Ärgste an all dem ist jedoch, dass sich heute ein Heinz Fischer allen Ernstes hinstellt und die „Chuzpe“ aufbringt zu behaupten, er habe ohnehin auch alles Menschenmögliche getan, um zur Beendigung der „EU-Sanktionen“ beizutragen. Er hätte zu diesem Zweck Ende Mai 2000 sogar persönlich bei Gutteres vorgesprochen.

Dort war er, das stimmt schon. Kurz nach Fischers Abreise gab Gutteres aber eine Pressekonferenz in Lissabon, auf der er ausdrücklich betonte, dass er „sehr stolz auf die Sanktionen“ sei.

Wahr ist: Erst als schon die meisten EU-Staaten selbst verzweifelt nach einer „Ausstiegsmodalität“ suchten, sprach sich auch Heinz Fischer für ein Ende der „Sanktionen“ aus. Aber nur deshalb, weil diese, wie auch er inzwischen feststellen mußte, „kontraproduktiv“ gewesen sind. Sie schädeten in Österreich der SPÖ am Ende schon viel mehr als der Regierung.

Hätten sie hingegen der SPÖ auch weiterhin genützt, dann gäbe es sie (jedenfalls wenn es nach Heinz Fischer ginge) ganz bestimmt noch heute.

STANDPUNKT

Redaktion, Verlag u. Vertrieb: 1010 Wien, Seilergasse 14
Tel. (01) 5138550, Fax (01) 5138685
E-Mail: standpunkt@pretterebner.at

BRIEF DES HERAUSGEBERS

Verehrte Leserin, geehrter Leser!

Noch nie habe ich vor einer Wahl in Österreich so sehr gehofft, dass ich mich irren möge. Ich schreibe diese Zeilen genau eine Woche vor der Bundespräsidentenwahl. Mehr als eine Million Wähler sind zu diesem Zeitpunkt noch immer unentschlossen, ob sie Ferrero-Waldner oder Fischer ihre Stimme geben sollen.

Zuletzt sagten die Meinungsforscher ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus. Ich persönlich fürchte allerdings, dass der Steinzeitsozialist Heinz Fischer diese Wahl gewinnt, es sei denn, dass in den letzten Tagen doch noch ein gewaltiger Stimmungsumschwung zu erzielen wäre.

Das Hauptproblem scheint mir zu sein, dass viele an sich „bürgerliche“ Wähler nicht zur Wahl gehen wollen, da sie diese Entscheidung nicht für wirklich wichtig und das Amt des Bundespräsidenten für entbehrlich halten. Damit haben sie natürlich teilweise auch Recht. Vor allem der bisherige Amtsinhaber hat nach Kräften dazu beigetragen, das höchste Staatsamt dieser Republik nachhaltig zu desavouieren.

Heinz Fischer: Hat Österreich den Mann verdient?

Nein, die Welt würde natürlich bestimmt auch dann nicht untergehen, wenn sich am 25. April herausstellen sollte, dass Österreichs neuer Bundespräsident Heinz Fischer heißt.

Dieses Land hat zwölf Jahre lang den unsäglichen Thomas Klestil ausgehalten, es würde selbstverständlich auch die Amtszeit eines altmarxistischen Fossils, dieses politischen Brandstifters, der sich als Biedermann verkleidet hat, sich als „moralische Autorität“ aufspielt und sich sogar für das „politische Gewissen der Nation“ hält, überstehen.

Der Leser merkt es schon: Ich schätze Fischer nicht besonders. Ja, um es ehrlich und in aller Deutlichkeit zu sagen: Ich verachte ihn. Und zwar aus vielen guten Gründen. Ausgerechnet ihn als Bundespräsidenten zu bekommen, hätte Österreich auf keinen Fall verdient. Siehe den nachfolgenden Bericht: „Wie viel Charakter braucht ein Präsident?“.

Und was halte ich von der „ersten Frau“, die als „Volkspräsidentin mit Herz“ in die Hofburg einziehen will?

Ich will nicht verhehlen, dass sie mir allein von ihrer Biografie her grundsätzlich sympathisch ist. Ihre Karriere war nicht schon von Kindesbeinen an parteipolitisch vorbestimmt. Ein Parteiapparatschik ist sie nicht.

Ferrero-Waldner musste, so wie alle anderen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger dieses Landes auch, ihr Leben selbst gestalten. Das tat sie offenkundig auch: mit Fleiß, mit Engagement und Kompetenz. Den Bezug zur Wirklichkeit hat sie vor allem deshalb nie verloren, weil sie zunächst viele Jahre in der freien Wirtschaft tätig war, sich langsam hocharbeiten musste und gezwungen war, den Realitäten, die das Leben jedem Normalsterblichen bietet, in die Augen zu sehen.

Als Managerin in einem privaten Unternehmen stand sie schließlich „ihren Mann“. Ihren eigentlichen Lebenstraum – in die Diplomatie zu wechseln – konnte sie sich erst sehr spät erfüllen, und auch im Außenamt fing sie wieder als „kleine Sekretärin“ an, bis sie es am Ende immerhin zur Protokollchefin der UNO brachte. Seit neun Jahren gehört Ferrero-Waldner der Regierung an.

Zwar ruft ihr bisheriges Wirken als Außenministerin bei mir keineswegs uneingeschränkt Begeisterung hervor. Im Gegenteil:

Vom „Wir stehen in der Mitte“ über ihre Nichtbereitschaft, in der Irak-Frage den eklatanten US-Völkerrechtsbruch auch als solchen zu benennen, bis zu ihrem im Vorjahr bei der Debatte um die europäische Beistandspflicht (aus Angst vor den Neutralitätsnostalgikern) anfänglich aufgeführten Eiertanz hat sie mich durchaus oft enttäuscht.

Ich werde „die Benita“ wählen!

Doch das sind letztlich alles Peanuts. Das Einzige, was für mich wirklich zählt, waren die von ihr im Zuge der „Sanktionen“ unter Beweis gestellte Haltung und patriotische Gesinnung, ihr bedingungsloses Engagement, ihre Zähigkeit und die Professionalität, mit der sie diesem Unrecht „kampflächelnd“ entgegentrat, ohne einen Fehler zu begehen.

Diese „Sanktionen“ waren ja, bitte schön, die erste und die einzige wirkliche außenpolitische Krise, in die Österreich in den letzten fünfzig Jahren geraten war – und diese Krise hat Ferrero-

Waldner (natürlich nicht allein, aber doch federführend) hervorragend gehandhabt und gemeistert.

Ferrero-Waldner hat tatsächlich „wie eine Löwin“ gekämpft und die Interessen Österreichs in aller Welt vertreten, während Heinz Fischer in Wahrheit jener Mann gewesen ist, der diese „Sanktionen“ aus parteipolitischem Kalkül und um des reinen Machterhalts willen – zusammen mit dem derzeitigen Bundespräsidenten, der sich auf unglaubliche Weise von ihm und der SPÖ instrumentalisieren ließ – angezettelt, maßgeblich betrieben und damit Österreich auf das Schändlichste verraten und unser Ansehen in aller Welt geschädigt hat.

Bei dem Gedanken, dass nun womöglich der Drahtzieher dieses Verrats an Österreich durch eine nicht ausreichend informierte Wählermehrheit sogar noch mit dem Präsidentenamt belohnt werden könnte, wird mir schlecht.

Hans Pretterebner

Die Schriftenreihe **STANDPUNKT** erscheint sechs- bis zehnmal jährlich im Taschenbuchformat (jeweils 64 Seiten Umfang) und ist nur im Abonnement direkt über den Verlag zu beziehen.
Abo-Preis für je 10 Ausgaben: € 45,- Einzelpreis: € 6,- inkl. Postzustellung
Kein Versand von Probenummern!
Bankverbindung: P.S.K. (BLZ 60.000) Kto.-Nr. 72894244

**Redaktion, Verlag u. Vertrieb: 1010 Wien, Seilergasse 14
Tel. (01) 5138550, Fax (01) 5138685
E-Mail: standpunkt@pretterebner.at**